

Resolution des Kongresses 2019 des Mouvement Ecologique im Rahmen der EU-Wahlen

Wie soll das Europa aussehen, in dem wir morgen leben wollen?

Ökologische, soziale und demokratische Modernisierung der EU voranbringen!

Heute ist wohl europaweit so vielen Menschen wie selten zuvor bewusst, dass die EU vor äußerst grundsätzlichen Fragen ihrer Entwicklung steht:

Wird es der EU gelingen, sich zu einer Wertegemeinschaft hin zu entwickeln, in der u.a. Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Erhalt unser natürlichen Lebensgrundlagen, gerechte Welthandelsbedingungen im Fokus stehen? Oder festigen wir eine EU, die sich auf Kosten der Länder des Südens entwickelt, Raubbau an unserem Planeten betreibt, große Defizite auf demokratischer Ebene aufzeigt und neo-liberalen Wirtschaftsansichten Vorrang vor dem Gemeinwohl gibt?

Die Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit kann zudem nur gemeinsam von allen Mitgliedstaaten angegangen und gelöst werden. Stichworte sind: Zerstörung der Lebensgrundlagen, Biodiversitätsverlust, Klimawandel, Migrationsfragen, soziale Ungleichheiten als Konsequenz u.a. der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Deshalb ist nicht die Frage, “Wollen wir mehr oder weniger Europa?” – sondern: “Wie soll das Europa aussehen, in dem wir morgen leben wollen?”

Auf EU-Ebene, ebenso wie in Luxemburg selbst, steht letztlich unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell zur Debatte.

*“Eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft sowie eine lebenswerte, intakte Umwelt haben das Potenzial, das verbindende Element für ein zukunftsfähiges und demokratisches Europa zu werden. (...) **In den kommenden fünf Jahren muss die EU einen ökologischen, sozialen und politischen Umbau einleiten und voranbringen.** Die EU benötigt eine nachhaltige Energie- und Mobilitätswende, eine konsequente Dekarbonisierung der Industrie sowie eine grundlegende Neuausrichtung der Agrarpolitik, die durch eine Offensive im Natur- und Artenschutz unterstützt wird. Ziel dabei ist, deutlich weniger Energie, Ressourcen und Flächen zu verbrauchen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen hier und weltweit zu erhalten.”* so der deutsche Naturschutzring, gemeinsam mit mehr als 90 Umwelt-, Dritte Welt-, Landwirtschafts- und gesellschaftspolitischen Organisationen in der Einführung zu ihren Forderungen für die Europawahlen.

In welche Richtung wird die EU z.B bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gehen? Für welche Entwicklung wird sich die EU bei der anstehenden Regulierungsdebatte von Multinationalen, der Ausrichtung der Freihandelsabkommen oder der Überarbeitung der Wasserrahmenrichtlinie entscheiden?

Die Liste der Beispiele ließe sich beliebig fortführen und zeigt auf, dass es Aufgabe des kommenden EU-Parlamentes sein wird, die Weichen für die grundsätzliche Orientierung der EU im Sinne einer Wertegemeinschaft sowie der nachhaltigen Entwicklung zu stellen. Letztlich ist eine solche Vorgehensweise u.a. auch geeigneten, populistischen Tendenzen den Wind aus der Segeln zu nehmen.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die Luxemburger Parteien für ökologische und soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Solidarität als Leitbilder eintreten. Dies ohne Wenn und Aber, ohne sich im Alltagspragmatismus zu verlieren oder vermeintlichen kurzfristigen Zwängen zu unterliegen.

EU-Wahlen 2019:

Europa nachhaltiger, ökologischer, sozialer und demokratischer gestalten

Leitbilder für die zukünftige EU-Politik

1. Nachhaltige Entwicklung mit Leben füllen - Erhalt der Ökosysteme und der Lebensgrundlagen als zentrales Leitbild

Leitlinie der EU bei allen Entscheidungen muss der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen - Biodiversität, Luft, Wasser, Boden, Klima sowie der Schutz der Ressourcen - sein! Dabei müssen die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen die weitere Grundlage für die Zukunft Europas bilden und konsequent umgesetzt werden. Diese sollten dabei nicht nur bei Politikentscheidungen innerhalb der EU selbst berücksichtigt werden, sondern ebenfalls in den internationalen Beziehungen und Vereinbarungen.

Die nachhaltige Entwicklung sowie die natürlichen Lebensgrundlagen müssen somit als übergreifendes und prioritäres Leitprinzip der EU gefestigt werden!

2. Für ein starkes soziales Europa

Das Europäische Sozialmodell sollte verstärkt allen BürgerInnen umfassenden und fairen Schutz bieten, dabei Armut lindern und jedem die Möglichkeit bieten, sich zu entfalten. Menschenwürdige Arbeit; angemessenes Einkommen und soziale Absicherung; Minderung der Kluft zwischen Wohlhabenden und Benachteiligten sowohl auf globaler, wie auch auf europäischer Ebene; Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem und erschwinglicher Wohnraum für alle; Umweltgerechtigkeit; gleiche Bildungschancen; Gleichberechtigung zwischen Geschlechtern u.a. müssen in Zukunft weitaus stärker die *Prioritäten der europäischen Gemeinschaft* prägen.

3. EU-Strukturen demokratischer gestalten und Transparenz schaffen - Ein reelles Europa der BürgerInnen schaffen

EU-Entscheidungsprozesse erscheinen zahlreichen BürgerInnen als undemokratisch. Es besteht z.B. das Bild einer EU-Kommission, die über die Köpfe der Menschen hinweg und untransparent entscheidet. Notwendig ist eine demokratische und für die Menschen greifbare EU mit sowohl transparenten als auch nachvollziehbaren Entscheidungsprozessen und Strukturen. Rats- und Parlamentssitzungen müssen z.B. von der Öffentlichkeit verfolgt werden können. Lobbyismus muss offengelegt und reguliert werden - nicht nur durch ein verbindliches Register. BürgerInnen müssen zudem verstärkt Informations- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden, dies auf allen Ebenen. Es gilt eine *partizipative EU* zu schaffen, die das Recht auf Information sicherstellt, im Umweltbereich die Vorgaben der Aarhus-Konvention zur frühzeitigen Bürger- und Verbandsbeteiligung vollständig umsetzt, Rekursmöglichkeiten gegen Entscheidungen verbessert u.a.m.

Dies würde die Legitimität der EU stärken, ein ausgewogeneres Engagement der Interessengruppen sicherstellen und Interessenkonflikte mindern.

4. Wirtschaftsmodell im Respekt der Grenzen des Planeten reformieren

Vor allem auf EU-Ebene gilt noch immer die Maxime eines unendlichen Wirtschaftswachstums auf einem begrenzten Planeten. Dabei ist das heutige Wirtschaftsmodell sowohl mit Deregulierung, Ausbeutung der Dritten Welt, Verlust unserer Lebensgrundlagen, sozialen Spannungen u.a.m. verbunden. Dringend geboten ist ein europäisches Wirtschaftsmodell, das sich vom Dogma des Wachstums entkoppelt, die Priorität auf das Wohlbefinden der Menschen setzt und nicht die deregulierte Globalisierung und Profitsteigerung von Betrieben als Leitlinie verfolgt.

Wir brauchen ein Wirtschaftsmodell, das den Grenzen der Belastbarkeit des Planeten Rechnung trägt und in erster Linie dem Wohl der Menschen dient. Forderungen in diesem Zusammenhang sind: Erstellung eines PIB du Bien-Être, Förderung von Gemeinwohliniitiativen, Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform, konsequente Gewährleistung einer Kreislaufwirtschaft, erhebliche Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch Vermeidung, Wiederverwertung und Reparatur als zentrale Ziele, Verbot der "Obsoleszenz", Förderung des Gemeinwohls u.a.m.

Geboten ist, auch auf EU-Ebene, ein politischer Rahmen für die Digitalisierung, um sicherzustellen, dass die Digitalisierung nicht den Konsum, den Energiehunger verstärkt sondern vielmehr im Dienste des Ressourcenschutzes steht. Des Weiteren gilt es Datenschutzvorkehrungen zu treffen.

5. Suffizienz und nachhaltiger Lebensstil als Gesellschaftsbild

Kein Weg führt jedoch daran vorbei, unseren Lebensstil sowie die grundsätzliche Ausrichtung des Wirtschaftssystems auf eine konstante Konsum- und Produktivitätssteigerung, aufgrund der damit verbundenen negative Konsequenzen, zu hinterfragen. Im Fokus muss das Allgemeinwohl stehen, und - bei Wahrung der Verteilungsgerechtigkeit - nicht eine konstante Steigerung materieller Güter.

Über die Förderung der technischen Effizienzsteigerung als Beitrag zur Lösung der Umwelt- und Klimaproblematik hinaus, gilt es den Fokus verstärkt auf *Suffizienz und Langlebigkeit* zu legen. Es ist auch die Rolle der EU weitaus verstärkt u.a. neue Lebensmodelle, Gemeinwohliniitiativen, Regionalität sowohl auf nationaler wie auch auf grenzüberschreitender Ebene, neue

Arbeitszeitmodelle u.a.m. zu unterstützen. Dies durch das Einführen entsprechender Fördermaßnahmen, die Integration dieser Prinzipien in bestehende Direktiven sowie die Erlassung spezifischer Direktiven.

6. EU-Haushalt an Nachhaltigkeitszielen orientieren

Der derzeitige EU-Haushalt steht weitgehend im Widerspruch zu EU- und internationalen Zielen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz. Die heutige Haushaltspolitik sichert nicht die notwendige Umgestaltung, um Klima- und Umweltprioritäten nach 2020 zu stärken.

Der EU-Haushalt sollte - als Rahmen für sektorische Entscheidungen - Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Wohlstand fördern, dies durch verstärkte Investitionen in soziale Infrastrukturen, Bildung, Kultur, Klimaschutz, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit u.a.m.

Geboten ist hierfür u.a. ein mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für Projekte im Sinne der nachhaltigen Entwicklung. Umwelt- und klimaschädliche Subventionen gilt es entsprechend konsequent abzuschaffen, bestehende Subventionspraktiken umzuorientieren (z.B. auf der Ebene der Landwirtschaftspolitik).

7. Erhalt der Biodiversität als absolute Priorität

Wir kennen heute einen Biodiversitätsverlust dramatischen Ausmaßes, dies vor allem was das Insektensterben angeht. So wichtig die bis dato auf EU-Ebene erlassenen Naturschutzdirektiven waren: sie reichen bei weitem nicht aus, um diesem Verlust unserer Lebensgrundlagen ein Ende zu setzen. Zu deren Schutz ist vor allem eine tiefgreifende *Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik* notwendig, eine starke Reduktion bzw. das mittelfristige Verbot von Pestiziden, aber auch eine verstärkte Strategie zur Erhaltung der Biodiversität, eine gezielte Offensive zum Insektenschutz, weitaus weitreichendere Finanzmittel zum Erhalt der Biodiversität, die konsequente Ahndung von Verstößen, ein gezielter Artenschutz (Vogelschutz, Schutz von Beutegreifern, Unterbindung des Handels mit wildlebenden Tieren) sowie ein Stop des alarmierenden Waldverlustes.

Die EU hat sonder Zweifel mit der Wasserrahmenrichtlinie neue Akzente im Sinne des Wasserschutzes gesetzt. Es gilt diese beim Fitnesscheck dieser so wichtigen Richtlinie noch zu verstärken, damit das wichtige Lebensgut endlich ausreichend geschützt wird.

8. Agrarpolitik: Weg vom Weltmarkt, hin zu nachhaltigen Produktionsformen

Der dramatische Biodiversitätsverlust geht einher, mit einem dramatischen Sterben von Bauernhöfen. Um beiden entgegenzuwirken, führt kein Weg an einer fundamentalen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vorbei.

Dabei gilt es weg zu kommen von einer primär auf den Weltmarkt orientierten Landwirtschaftspolitik, hin zu einer progressiven Ernährungssouveränität, zur Förderung einer ökologisch-bäuerlichen, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft mit regionalen

Wertschöpfungsketten und strukturreichen Agrarlandschaften. Dabei müssen ökologische Mindeststandards gelten, der Schutz der biologischen Vielfalt gestärkt, der Wasser- und Bodenschutz als Priorität anerkannt, der Bodenschutz gewährleistet sowie die Energie- und Klimaziele gemäß den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens anerkannt werden. Als grundsätzliche Orientierung gilt u.a.: *“Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen, statt pauschaler Prämien”*.

9. Klimaschutz zum Maß aller Politik machen

Mit dem Pariser Abkommen hat sich Europa verpflichtet, seinen fairen Beitrag zu leisten um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5° Celsius zu begrenzen. Dies bedeutet, dass die EU bis spätestens Mitte des Jahrhunderts - wobei bis 2040 angesichts der Herausforderungen angemessener wäre - eine vollständige Dekarbonisierung aller Sektoren (Wirtschaft, Transport, Wohnen, Handel...) erreicht haben muss.

Ein Ausstieg aus den fossilen Energien muss deswegen zügig erfolgen, Energieeffizienz verstärkt, Energieeinsparungen erreicht und der Anteil erneuerbarer Energien konsequent gesteigert werden. Dabei gilt es, sich definitiv von nicht zukunftsfähigen Technologien, nicht-nachhaltigen Bioenergien und Atomkraft zu verabschieden.

Der Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) hat klar aufgezeigt, dass die derzeitige europäische Politik den Zielen von Paris NICHT gerecht wird. Klimaschutz braucht einen grundsätzlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel, mit flankierenden sozialen und ordnungspolitischen Maßnahmen. Der Zeitrahmen, in dem es tiefgreifend zu handeln gilt, ist zudem äußerst eng. Laut IPCC-Report bleiben uns knapp 10 Jahre, um den Klimakollaps zu vermeiden.

Dabei muss die Risikotechnologie Atomkraft weiterhin abgelehnt werden und darf nicht als vermeintliche Lösung aus der Klimaproblematik angesehen werden.

10. Umwelt- und Gesundheitsschutz sicherstellen

Gemäß Schätzungen liegen die globalen Kosten aufgrund der Schadeinwirkungen von Chemikalien bei mehr als 10% des globalen Bruttoinlandproduktes (BIP). Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass jährlich EU-weit über 430.000 Menschen frühzeitig aufgrund von Luftverschmutzung sterben. Geboten ist eine europäische Strategie für eine giftfreie Umwelt, die ebenfalls als Anstoß für ähnliche Entwicklungen in anderen Regionen der Welt dienen kann.

Auf EU-Ebene ist ein *ambitioniertes 8. Umweltaktionsprogramm* und dessen Umsetzung zu gewährleisten, inkl. der Verabschiedung strengerer Normen im Rahmen des Fitnesschecks der Richtlinie zur Luftqualität, ebenso wie eine **weitaus dynamischere und stärker auf den Gesundheitsschutz orientierte Fortführung und vor allem auch Umsetzung** der Chemikalien-Richtlinie Reach.

11. Nachhaltige Verkehrswende garantieren

Die erheblichen Mobilitätsprobleme, die sich heute stellen, resultieren auch aus der ausufernden Globalisierung mit einem nicht mehr hinnehmbaren Warentransport, einer "just in time" Wirtschaftslogik, was z.T. zu sozial problematischen Arbeitsbedingungen im Transportsektor führt. Ebenso führt der rasant zunehmende Flugverkehr in eine Sackgasse. Dies sowohl verkehrspolitisch wie auch aus Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutzsicht. Eine radikale Wende ist somit geboten!

Diese Wende erfordert u.a. eine Verlagerung der europäischen Investitionspolitik weg von ökologisch und ökonomisch fragwürdigen Straßenbauprojekten hin zum konsequenten Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Wasserwege, eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, strengere Grenzwerte für LKWs und PKWs sowie die Einführung einer Kerosinsteuer um den Flugverkehr erheblich einzudämmen.

12. Forschung im Sinne des Gemeinwohls sicherstellen!

Die in der Forschung gesetzten (politische) Prioritäten, haben einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunft unserer Gesellschaften und unseres Planeten. Die Forschungspolitik der EU sollte weitaus stärker als heute dazu beitragen, Europa und die Welt zu einem ökologisch nachhaltigen, friedlichen und gesunden Lebensraum zu machen.

EU-Forschung sollte dabei von demokratischen Entscheidungsprozessen geprägt sein, in erster Linie im Dienste der Menschen stehen und die Grenzen unseres Planeten respektieren. Sie sollte sich von stark wachstumsorientierten, ressourcenintensiven Wirtschaftsmodellen verabschieden. Ebenso darf den Budgets von Militär und Wirtschaft kein Vorrang gegenüber sozialen und ökologischen Fragestellungen eingeräumt werden.

Forschung und Innovation muß auf die großen Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sein.

Entsprechend sind alle Investitionen und Fördermaßnahmen in Atomkraftprojekte (u.a. ITER) abzulehnen! Forschungsgelder dürfen nicht in derartige Risikotechnologien investiert werden, sondern müssen in erneuerbare, zukunftsweisende Energien bzw. den Klimaschutz fließen.

13. Handelsabkommen reformieren

Eine Neuorganisation des Welthandels, sollte anstatt einer neoliberalen Handelspolitik, von gerechten, sozialen, ökologischen und demokratischen Kriterien geprägt werden. Vor allem gilt es den mittels Freihandelsabkommen ausgeübten Raubbau an der sogenannten Dritten-Welt zu beenden.

Handelsabkommen sollten allen Menschen, ArbeitnehmerInnen und Mittelbetrieben zugute kommen. Handels- und Investitionsabkommen sind in erster Linie auf das Wohl und Interesse der Öffentlichkeit auszurichten - und nicht etwa auf die Senkung der Kosten oder sonstigen Belastungen von Unternehmen.

Das Pariser Klimaabkommen, das Vorsorgeprinzip, die Vermeidung von Umweltaubau und Nicht-Schaden-Bestimmungen sollten ebenso wie Sozialstandards z.B. mit rechtsverbindlichen und durchsetzbaren Kapiteln zur nachhaltigen Entwicklung aufgenommen werden. Schiedsgerichte, die

eine Art Paralleljustiz darstellen, sowie bestehende Sonder- oder Vorzugsrechte für Investoren sollten abgeschafft werden.

Bestehende Abkommen müssen gemäß diesen Prinzipien abgeändert werden - neue müssen ihnen zwingend Rechnung tragen.

14. EU als Friedenssicherer

Die aktuelle europäische und weltweit militärische Aufrüstung riskiert die Sicherheitsarchitektur, die in den letzten Jahrzehnten auch Luxemburg den Frieden gesichert hat, in Frage zu stellen. Der Mouvement Ecologique unterstützt eine Politik, die auf zivile Lösungen setzt und Fluchtursachen bekämpft anstatt Flüchtlinge; eine Politik, die gerechte Handelsbeziehungen anstrebt anstatt Krieg, Gewalt, Hunger und wirtschaftliche Ausbeutung und ruft dazu auf am Ostermarsch 2019 teilzunehmen.

Annexe zum Motionsentwurf

Die Rolle Luxemburgs in der EU

In zwei Monaten sind Wahlen auf EU-Ebene, wobei leider noch bei weitem nicht alle Parteiprogramme vorliegen, geschweige denn eine Diskussion in der Öffentlichkeit stattgefunden hätte.

Diese höchst unzufriedenstellende Thematisierung der EU-Politik entspricht aber leider auch der heutigen politischen Realität. So wird z.B. die Haltung der Luxemburger Regierung sowie verschiedener Ministerien zu relevanten EU-Fragen auf EU-Ebene nur in seltensten Fällen öffentlich im Vorfeld diskutiert. Ja, es ist häufig nicht einmal gewusst, welche Stellung von Luxemburger Seite aus ergriffen wurde. Auch die Abgeordnetenversammlung wird - wenn heute auch etwas häufiger als in der Vergangenheit - letztlich nur gelegentlich mit EU-Dossiers befasst!

Gleiches gilt eigentlich für das Abstimmungsverhalten der Europaparlamentarier bei wichtigen Voten im Parlament. Dieses dringt kaum in die Öffentlichkeit.

EU-Politik ist in Luxemburg höchstens bei Finanz- oder Steuerfragen ein Thema, wobei dann aber ebenfalls keine kontradiktorische Debatte stattfindet. Dabei herrscht aber der (wohl berechtigte) Eindruck, dass Luxemburg weniger für eine zukunftsorientierte Politik eintreten würde, sondern eher dann die Stimme erhebt, wenn es gilt gewisse Privilegien zu verteidigen oder evtl. vermeintlich negative Folgen für unser Land abzuwehren. So z.B. was die Einführung einer Finanz- und Transaktionssteuer anbelangt: Luxemburg bremst. Oder die Diskussion über eine Digitalisierungssteuer: Luxemburg war lange eher ablehnend und tritt auch derzeit nicht gerade als treibender Akteur auf. Bremsen oder abwarten ist bei so wichtigen Zukunftsfragen leider eher die - aus Sicht des Mouvement Ecologique - unrühmliche Haltung Luxemburgs (mit der wichtigen Ausnahme der Auseinandersetzung bei Klimastrategien).

Gerne verweist unser Land darauf, derartige Maßnahmen seien besser auf OECD-Ebene angesiedelt, was auch sicherlich stimmt. Nur weiß jeder, dass sie dann auf die lange Bank geschoben und wohl z.T. nie kommen werden.

Stellt sich demnach die Frage, auf welcher Seite Luxemburg in den kommenden Jahren stehen will: als Verteidiger des "weiter wie bisher" oder als ferventer Verfechter eines demokratischen, sozialen und ökologischen Umbaus der EU?

Anmerkung: Die Europaparlamentarier sind gefordert - aber auch die politischen Parteien!

Die Anregungen des Mouvement Ecologique zu den Europawahlen 2019 richten sich - über die Kandidaten hinaus - in erster Linie an die politischen Parteien. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass gerade die Parteien weitaus klarer Farbe bekennen müssen, was die EU-Politik anbelangt. Es kann und darf nicht sein, dass Europaparlamentarier z.T. als "*électron libre*" gelten und quasi abseits von parteipolitischen Orientierungen abstimmen. Der Mouvement Ecologique erwartet in der kommenden Mandatsperiode des Parlamentes weitaus klarere Aussagen der verschiedenen Parteien zu relevanten Abstimmungen im Parlament!